

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion: Etatschreiberstr. 34/35 (Streich.) — 6—8 Uhr  
Telefon: Amt Moritzplatz 12379

Erscheint zweimal täglich. Sonntags und Montags einmal.

Expedition und Anzeigenannahme: Berlin S 14  
Etatschreiberstr. 34/35 (Telefon: Moritzplatz 12379)

Im Preisvertrieb bringt die Rote Fahne 2 mal wöchentlich frei ins Haus 16.— Pfg. Bei Bestellung von 10 Exemplaren werden 20 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 50 Exemplaren werden 40 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 100 Exemplaren werden 60 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 200 Exemplaren werden 80 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 500 Exemplaren werden 100 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 1000 Exemplaren werden 120 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 2000 Exemplaren werden 140 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 5000 Exemplaren werden 160 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 10000 Exemplaren werden 180 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 20000 Exemplaren werden 200 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 50000 Exemplaren werden 220 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 100000 Exemplaren werden 240 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 200000 Exemplaren werden 260 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 500000 Exemplaren werden 280 Pfg. Rabatt gewährt. Bei Bestellung von 1000000 Exemplaren werden 300 Pfg. Rabatt gewährt.

Begründet von  
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abbestellung: Es wird berechnet die regelmäßige Monatsgebühr oder deren Hälfte und 4.— Pfg. Familien- und Organisationsabgaben 200 Pfg. netto. — Kleine Anzeigen: Das letzte Heft der Rote Fahne, jedes weitere Wort 10 Pfg., jedes Familien- und Organisationsabgaben das letzte Heft der Rote Fahne, jedes weitere Wort 45 Pfg. netto.

## Die proletarische Einheitsfront

### Die Gewerkschaftsbürokratie sabotiert — Die Unternehmer sperren aus — Die Arbeiterklasse will die Einheitsfront!

**Die Gewerkschaftsbürokratie sabotiert — Die Unternehmer sperren aus — Die Arbeiterklasse will die Einheitsfront!**

**Die Gewerkschaftsbürokratie sabotiert**

Die Gewerkschaftsbürokratie hat sich in der letzten Zeit in einer Reihe von Hinsichten als feindlich gegenüber der Arbeiterklasse erwiesen. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert.

Wert darauf legen, die Kurzarbeit einzuführen. Die Arbeiterklasse hat sich in der letzten Zeit in einer Reihe von Hinsichten als feindlich gegenüber der Arbeiterklasse erwiesen. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert.

## Die Beamten und die Preußenwahl

Am 20. Februar wird der Preussische Landtag neu gewählt. Die Reichs-, Staats- und Gemeinde-Beamten und Beamtinnen bilden eine stattliche Zahl und stellen als solche eine große Wahlmacht dar. Sie werden deshalb von allen Seiten eifrig umworben. Der rechte und der linke Reiter, der eine auf dem alten Kieper der Reaktion, der andere auf dem neuen auf dem Stufen der parlamentarischen Demokratie, reiten lockend und treibend der Beamtenpartei zur Seite. Der rechte behauptet, nach altpreußischer Ueberlieferung der rechtmäßige Gebieter der beamteten Preußen zu sein und verpflichtet ihnen die Wiederherstellung der persönlichen Freiheit und die politische Selbstbestimmung, die er den Beamten gebracht hat.

Auf den ersten Blick ist die Entscheidung für die mittleren und unteren Beamten, die Arbeitenden des Beamtenstandes, nicht schwer. Die alte Herrlichkeit war nur eine Herrlichkeit der hohen Bürokratie. Die Arbeitenden waren nur lebenslanglich angestellte Arbeitsknechte. Ihr einziges Recht erschlößte sich in der bauernden Vererbung im Erbgutallum, wie die Ritter den Herrenhöfen vererbten. Sie wurden selbst bei der Wahl von den herrschenden Klassen nicht umworben, sondern einfach zur Verfügung eines staatsreinen Wahlzuges kommandiert. Wer nicht staatsreiner war, wurde durch die famosen Disziplinargerichte brotlos gemacht. Wer möchte wieder zurück in das Erbgutallum? Ist es nicht bedeutend besser geworden? Heute werden die Beamten nicht mehr zur Wahl kommandiert, sondern mit Verpflegungen umschmeichelt. Sie sind freigelassen aus der Kaserne.

Was hat die linke Reiter materiell für die Beamten getan? So gut wie nichts. Die Gehaltsberechnungen hinken den Preisen ständig nach. Am Kaufwert gemessen sinkt das Einkommen immer mehr. Wohin soll das führen? Wollen sich die Beamten auch weiterhin damit trösten lassen, daß der ganze Apparat nun einmal keine höhere Belastung dulde? Haben die Beamten etwa schon gemerkt, daß ihre Arbeitslosigkeit die Preise abhaut? Das Gegenteil bemerken sie. Oder haben sie schon wahrgenommen, daß man sich ernstlich bemüht, den Beamtenapparat zu reformieren? An Arbeitenden mangelt es täglich mehr. Es wird ihnen mehr Arbeit aufgebürdet, als sie leisten können. Aber welche Unmenge an Arbeit unproduktiver Arbeit muß immer noch für den alten schmerzhaften Geheimratsmechanismus geleistet werden? Ob die Sozialdemokratie, ob die Reaktion die hohe Bürokratie heilt, es steht in der Hauptsache beim alten. Man denke nur an die Eisenbahn, nur an die Post. Heute immer die Schiebung in höhere, mittlere und höhere Beamte. Der untere und mittlere Beamte trägt noch immer nicht den Maßstab im Lohn, wie der gemeine Soldat Napoleons. Dabei weiß jeder Beamte, daß fast der ganze Dienst, wenn er zweckmäßig und vereinfacht würde, von mittleren und unteren Beamten versehen werden könnte. Der Herr Oberst ist Reichspräsident, der Buchhalter der Reichsbank Oberbürgermeister geworden, ein Arbeiter hat an der Spitze des Reichspostamts, aber alle drei hätten es mit ihrer Vorbildung im regelrechten Postdienste nur zum Oberpostbeamten und noch nicht einmal zum Postsekretär bringen können. Der alte Geheimratsmechanismus hat den Beamtenapparat noch immer, wie die Reichsbank, als Schlaraffenland. Die unheimliche, kostspielige Geheimratsbürokratie ist dem faulstümmigen, faulstümmigen, faulstümmigen Schlaraffenland als immer noch die Domäne der Bourgeoisie, und kein sozialdemokratisches Parlamentarier einverstanden, so stehen sie sofort selbst im geheimstümmigen Schlaraffenland, in dem sie, weil sie vom Faule und vom ganzen Apparat nichts verstehen, nur hilflos zappeln können. Eine gründliche Reform ist von diesen Leuten nicht zu erwarten. Nur von unten aus den unteren und mittleren Beamten heraus könnte eine

## Die Rote Fahne war eine Sammlung von Unklarheiten, Gemeinplätzen und sonstigen Dingen, die mit der Tagesordnung nur sehr wenig Zusammenhang hatten.

Die Rote Fahne war eine Sammlung von Unklarheiten, Gemeinplätzen und sonstigen Dingen, die mit der Tagesordnung nur sehr wenig Zusammenhang hatten. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert. Sie hat die Einheitsfront nicht nur nicht unterstützt, sondern sie hat sie auch sabotiert.

## 20 000 Arbeiter aus der Rote Fahne

In Harburg sind gestern morgen die Heizer und Maschinenisten wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Streik getreten. Darauf haben die Unternehmer sämtliche Großbetriebe stillgelegt. Es liegen still chemische Industrien, Delwerke usw. 15 bis 20 000 Arbeiter wurden auf die Straße geworfen. Die Lohnforderungen betragen 8 M. pro Stunde (bzw. 12 M. pro Tag). Die Heizer und Maschinenisten sind heute morgen noch einmal in die Betriebe gegangen und haben den Arbeitnehmern ein Ultimatum bis heute Mittag 2 Uhr gestellt. Wenn nicht bewilligt wird, geht der Streik um 2 Uhr weiter. Die Unternehmer werden aber nicht bewilligen, weil sie es auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen, und weil sie großen

## Der Offene Brief und die Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse der Deutschen Holzarbeiter-Bund hat folgende Resolution gegen 5 Stimmen an: „Die am 18. Januar 1921 im „Prälaken“ folgende Mitteilungsversammlung der Holzarbeiter stellt sich rückhaltlos auf den Boden des „Offenen Briefes“ der R.F.F.D. Sie sieht darin den einzig gangbaren Weg des gesamten Proletariats um die augenblicklich existierenden Ziele, und verzichtet auf Schärfe der Forderungen der Führer der sozialistischen Parteien, die ohne Befragen der Masse eine abgelebte Annahme erteilt haben.“ Eine Betriebsversammlung der Firma R. Stod & Co., Marienthal, hat folgende Resolution: „Alle Mittel der Arbeiterklasse, gewerkschaftlich, gemeinschaftlich, zusammenhängend in politischen Organisationen, bieten keine Gewähr, der immer mehr zu Tage tretenden Unternehmerrückwärtsentwicklung zu begegnen. Eine geschlossene Front ist aber unbedingt nötig, um der weiteren Vertiefung der Arbeiterklasse eine Schwärze zu setzen. Der Offene Brief bietet die beste Möglichkeit, die Grundlage, um diese Front herzustellen. Die Arbeiterklasse der Firma R. Stod & Co., Marienthal, macht ihren Organisationen zur Pflicht, alle ihre Kräfte aufzubringen, alle bestehenden Forderungen zu unterstützen, auf Grund dieser rein wirtschaftlichen Forderungen einen allgemeinen Streik einzuleiten.“ Einmütig beschloß die von über 1000 Mann besuchte Generalversammlung des D.R.B. in Scherz: „Wir fordern vom Hauptvorstand des D.R.B. in Scherz, die R.F.F.D. darauf hinzuwirken, daß dieser den Kampf um die Bewilligung des Offenen Briefes der R.F.F.D. beizubehalten aufnimmt, und zu diesem Zweck mit dem Zentralkomitee der R.F.F.D. in Verbindung tritt.“ Scherz ist eine rechtsozialistische Hochburg. Die Annahme der Resolution zeigt das unerschütterliche Vertrauen der Arbeiterklasse zu den sozialistischen Gewerkschaften und die Unmöglichkeit, die Arbeiterklasse zu zerschlagen.

## Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten

(N.Y.) London, 20. Januar. Aus New York wird gemeldet: Die Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie Amerikas wird heute, namentlich in der Textilindustrie, zu einer Verminderung um 10%, Prozent vorüberkommen wurde. In verschiedenen Stellen wurden energische Proteste erhoben. Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten beträgt zur Zeit zwei Millionen. Die Preise für die Lebensmittel sind heute noch weiter gestiegen und Lebensmittel sind bedeutend zurückgegangen.

## Ein Protest gegen die Anweisung von Marten

(Mosk.) London, 19. Januar. Von Moskau wird gemeldet, der Verband der amerikanischen Frauen hat in einem Telegramm an den Präsidenten gegen die Anweisung Martens protestiert. (Name verblüffend. Kann nicht Martow heißen.)

## Die japanischen Kriegsvorbereitungen

„Waikō“ meldet: Laut Nachrichten aus Tokio hat die japanische Regierung, im Hinblick auf die Vorbereitung, an die Arzte, Bahnbediener, Schneider, Schuhmacher u. a. die Auflage erachtet, ob sie im Falle eines Krieges ihre Kräfte der Armee zur Verfügung stellen wollen, auch falls sie nicht der Mobilisierung unterliegen.

## Die Einträge der finnischen Delegation in Moskau

(Helsingfors, 19. Januar. Die Wälder veröffentlichen Berichte über die Einträge der baltischen finnischen Friedensdelegation in Moskau. Die Berichte der ausländischen Delegation über die Lage in Russland sind fast übertrieben. Die wirtschaftliche Lage hat sich bedeutend gebessert und überall herrscht Ruhe und Ordnung.

## Günner in Warschau

Warschau, 14. Januar 1921 (verpödet eingetroffen.) Im Monat Dezember sind in Warschau fast der erwarteten 500 Waggons Wehl nur 60 Waggons eingetroffen.

## Die schweizerischen Sozialdemokraten wieder einmütig gegen Moskau

(N.Y.) Zürich, 20. Januar (Frankfurter Zeitung). Die Wahlprüfung in der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz über den Beitritt zur Internationale ergab bei sehr geringer Beteiligung 10 803 Stimmen gegen und 8508 Stimmen für den Beitritt.